



WILL MC BRIDE / AGENTUR FOCUS

US-Staatsbesuch in West-Berlin*
„Überragende Persönlichkeiten“

Röttgen: Ich fürchte, unsere Begeisterungsresistenz ist etwas stärker als die der Amerikaner. Die Frage ist die gleiche: Wie schafft man es, in einer offenen, liberalen, marktwirtschaftlichen Gesellschaft Vorteile, Chancen und Gewinne auf der einen und Risiken, Verunsicherung und Verluste auf der anderen Seite gerecht zu verteilen? Man braucht einen politischen Ansatz, der den Leuten die Hoffnung vermittelt, dass es auch in unseren Zeiten noch möglich ist, eine lebenswerte Gesellschaft zu bilden.

SPiegel: Warum ist das unseren Politikern nicht möglich? Warum schafft die Kanzlerin es nicht, eine Vision zu finden, die die Menschen für die Politik begeistert? Bei uns haben die Bürger den Glauben daran verloren, dass die Politik ihre Probleme lösen kann.

Röttgen: Ihr negatives Urteil will ich mir nicht zu eigen machen. Mich interessiert, was wir bei allen politisch-kulturellen Unterschieden aus der Situation in den USA lernen können.

SPiegel: Was ist Ihre Antwort?

Röttgen: Es gibt zwei Aspekte, die wichtig sind. Obama kann deshalb so begeistern, weil er mit einem neuen Stil antritt. Natürlich will auch Obama Macht, er bewirbt sich ja um das wichtigste Amt. Aber man nimmt ihm ab, dass er diese Position anstrebt, um ein auseinanderdriftendes Volk zusammenzuführen. Damit ist es ihm gelungen, Glaubwürdigkeit als entscheidenden politischen Wert zu vermitteln. Das wird auch in Deutschland und Europa immer wichtiger werden.

SPiegel: Und der zweite Aspekt?

Röttgen: Wir dürfen uns nicht länger im Parteienstreit über das Verdrehen einzelner Schräubchen erschöpfen. Schaffen wir es, den Beitrag in einem Versicherungszweig vielleicht doch schon ein halbes Jahr früher um 0,2 Prozent zu senken? Wir streiten darüber und finden drei Monate später typischerweise den Kompromiss,

* US-Präsident John F. Kennedy, Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und Bundeskanzler Konrad Adenauer am 26. Juni 1963.

Obamania

Im politischen Berlin herrscht Begeisterung über US-Präsidentenskandidat Barack Obama. Die Euphorie reicht bis weit ins konservative Lager. Doch die Erwartungen könnten überzogen sein.

Allzu gern hätte Frank-Walter Steinmeier den Kandidaten persönlich getroffen, doch Barack Obama hat derzeit einfach zu viel um die Ohren. So musste sich der Bundesaußenminister mit einem Telefongespräch begnügen, als er jüngst in Washington weilte. Aber das reichte schon, um Steinmeier für den US-Präsidentschaftsbewerber zu entflammen.

Der Amerikaner steckte zwar tief im Wahlkampf, doch seine außenpolitischen Fragen wirkten, so Steinmeiers Entourage, sehr interessiert. Und, auch das spreche schwer für den Mann: Er habe tatsächlich den deutschen Minister gefragt, was der von Russland, Iran und Afghanistan halte.

So ging es 15 Minuten hin und her, auf Englisch und, wie es hieß, sehr konzentriert. Obamas „Flughöhe“ sei ziemlich hoch gewesen, schwärmte anschließend ein Berater Steinmeiers. Am Ende versprach der Präsidentschaftsanwärter sogar, so

schnell wie möglich nach Deutschland zu kommen.

Die paar Minuten am Telefon vermittelten Steinmeier den Eindruck, als sei Obama bereit, die bisherige Außenpolitik der USA grundsätzlich in Frage zu stellen. Der Minister war begeistert. Gleich am nächsten Tag outete er sich öffentlich als neuer Fan des Senators: „Yes, we can“, rief der nicht für Temperamentsausbrüche bekannte Minister bei einer Rede an der Harvard-Universität – es ist der Schlachtruf des Obama-Wahlkampfes. Steinmeier bezog ihn auf seinen Wunsch nach einer Neubelebung der transatlantischen Beziehungen.

Nicht nur beim Außenminister, im gesamten politischen Berlin grassiert seit Wochen schon die Obamania. Selbst Konservative sind äußerst angetan von dem Demokraten. Kanzlerin Angela Merkel kann sich nach der Ära Bush sehr gut vorstellen, mit einem liberalen Demokraten im Weißen

den Beitrag um 0,1 Prozent zu reduzieren. Es kann keiner erwarten, dass von dieser Politik Begeisterung ausgeht.

SPiegel: Warum verlieren wir das große Bild aus den Augen, die Amerikaner aber nicht?

Röttgen: Weil wir uns zu häufig im Streit um Nebensächlichkeiten erschöpfen und uns nicht trauen, die Veränderungen, die auf unsere Gesellschaft einwirken und enorme politische Auswirkungen haben, fundamental und mit Mut anzugehen, und über diesen Streit versäumen wir es, das große Bild zu zeichnen.

SPiegel: Wo genau vermissen Sie den Mut?

Röttgen: Mut bedeutet, sich auf diese Fragen einzulassen, ohne alle Antworten zu

kennen. Wir Politiker müssen bereit sein, anzuerkennen, dass Millionen Menschen tief verunsichert sind. Das müssen wir aufgreifen und dazu stehen, dass wir die fachlichen Antworten darauf im letzten Detail noch nicht haben. Wir müssen nicht immer schon vorher wissen, wie das Steuergesetz in Paragraph 33 c aussehen soll. Zu dieser Offenheit kann man sich durch die amerikanische Debatte ermuntern lassen.

SPiegel: Wenn Sie das alles von Obama gelernt haben, könnten Sie ja sofort damit anfangen, einen neuen Politikstil einzuführen.

Röttgen: Unser Land ist viel stärker durch die Existenz von Parteien geprägt, als das in Amerika der Fall ist. Die Parteien müs-



JOCHEN ZICK/KESTONE

Parlamentssitz in Berlin: „Streit um Nebensächlichkeiten“

Haus zusammenzuarbeiten. Und Norbert Röttgen, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, hält Obama gar für den Boten einer neuen politischen Kultur, die auch für Deutschland beispielhaft sein könnte.

„Deutschland ist Obamaland“, sagt Karsten Voigt, Regierungskoordinator für die transatlantischen Beziehungen. Der schwarze Senator wirke auf die Deutschen wie eine „Mischung aus John F. Kennedy und Martin Luther King“.

Obama sei „Gegenstand gewaltiger Projektionen“, ergänzt Constanze Stelzenmüller vom German Marshall Fund in Berlin. Er werde als friedfertig und kooperativ wahrgenommen. So etwas mögen die Deutschen.

Obamas republikanischer Gegner John McCain stößt dagegen in Berlin auf Skepsis. Der 71-jährige Vietnam-Veteran gilt vielen als Relikt des Kalten Krieges. McCain hat angekündigt, er wolle Russland aus der G-8-Organisation ausschließen und eine „Liga der Demokratien“ gründen, die notfalls an der Uno vorbei weltweit handeln kann. Das kommt in Deutschland nicht so gut an.

McCain ist hier kein Unbekannter: Als überzeugter Transatlantiker nimmt er fast jedes Jahr an der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Dort hat der Senator deutsche Politiker schon oft scharf attackiert,

seine Wutausbrüche sind gefürchtet, seine Positionen aus vielen Debatten bekannt.

Obama hingegen haben selbst die besten USA-Kenner in Berlin allenfalls mal die Hand geschüttelt. Anfragen von Bundestagsabgeordneten, ihn in Washington zu besuchen, wimmelte er regelmäßig ab. So kennen ihn die meisten bis heute vor allem aus YouTube-Filmchen und aus der Zeitung. „Obama hat eigentlich überhaupt keine Beziehung zu Europa“, meint der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose.

Dennoch dürfen die Deutschen, sollte Obama Präsident werden, auf ein paar schöne Monate der transatlantischen Freundschaft hoffen. Erfahrene Diplomaten glauben, dass es dann ein „Fenster der Gelegenheit“ geben werde, das neue Initiativen ermögliche.

Die Flitterwochen dürften nicht allzu lange dauern, da sind sich die Experten einig. „Die Hoffnungen der Deutschen sind fast übergroß“, sagt Regierungskoordinator Voigt. „Einige transatlantische Probleme werden nicht weggehen, nur weil Obama Präsident ist.“ Auch er würde im Notfall US-Truppen einsetzen, ohne die Uno um Erlaubnis zu fragen.

Constanze Stelzenmüller vom Marshall Fund ist sich sicher: „Die Enttäuschung über Obama ist programmiert.“ RALF BESTE

sen zur Kenntnis nehmen, dass es von ihnen abhängt, ob unser Land diesen Dreh bekommt. Davon hängt auch ab, ob die Parteien, die es heute gibt, auch später noch dabei sind.

SPIEGEL: Werden Sie doch einmal konkret. Was bedeutet das für die CDU?

Röttgen: Es reicht nicht aus, sich auf Ludwig Erhard als ein Glanzstück der Vergangenheit zu berufen. Wir müssen zugeben, dass das, was uns wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitisch auszeichnet hat, nicht einfach in die heutige Zeit verlängert werden kann. Soziale Marktwirtschaft funktioniert unter den Bedingungen der Globalisierung anders als in geschlosse-

nen Volkswirtschaften und Gesellschaften. Nur wenn wir unsere Leitidee neu begründen, können wir die Vorteile für die Massen auch in die Zukunft hineintragen.

SPIEGEL: Obamas Stärke ist sein Charisma. Verhindert unser Parteiensystem, dass sich ein charismatischer Typus durchsetzt?

Röttgen: Das System der USA ist wahrscheinlich geeigneter, überragende Persönlichkeiten hervorkommen zu lassen, weil es geprägt ist vom Kampf der Personen. Allerdings werden auch in Deutschland persönliche Kriterien wie Glaubwürdigkeit gewichtiger im Verhältnis zu innerparteilichen Kriterien wie Proporz.

SPIEGEL: Wie könnte es die deutsche Politik verändern, wenn Obama wirklich US-Präsident würde?

Röttgen: Der Aufstieg eines schwarzen Amerikaners gegen viele Widerstände würde auch hier Eindruck machen. In diesem Prozess liegt eine enorme Ermunterung für Politik. Es ist der Nachweis, dass Politik im richtigen Sinne möglich ist, also jenseits des kleinlichen Parteienstreits und der für normale Leute nicht nachvollziehbaren Expertendiskussionen. Man kann Politik ansprechend formulieren, man kann eine Gesellschaft dafür gewinnen und ein Land gestalten. Wenn es so kommen sollte, würde davon ein enormer Motivations-schub ausgehen. Nicht die Rürup-Kommission oder die Diskussion über die Pendlerpauschale macht Politik wirklich aus. Es geht um den Nachweis, dass man einen Willen und eine Vorstellung davon hat, wie diese Gesellschaft aussehen soll.

SPIEGEL: Wer wird der deutsche Barack Obama? Sie?

Röttgen: Wir werden keinen deutschen Barack Obama finden. Wir sollten ihn nicht einmal suchen. In Deutschland kann keine Einzelperson einen Prozess auslösen wie Obama in Amerika. Bei uns müssen sich die großen Parteien verändern. Ich glaube, dass das möglich ist.

SPIEGEL: Barack Obama tritt als Gegner des Establishments auf. Sie gehören dem politischen Establishment in Berlin an. Liegt in Ihrer Faszination nicht auch ein Misstrauen gegen den eigenen politischen Weg?

Röttgen: Sie liegt jedenfalls auch darin begründet, dass wir uns in Deutschland schwertun, zu neuen Ufern aufzubrechen. Sein Erfolg gegen das Establishment, gegen Hillary Clinton und damit den mächtigsten demokratischen Clan belegt, welche politische Macht die Kraft der Rede, die Kraft der Vorstellung und die Kraft einer glaubwürdigen Vision haben kann. Mit einer Methode übrigens, die nicht auf Angst setzt, sondern auf eine neue Idee. Das ist ein phänomenaler politischer Prozess. Es ist eine Ermunterung, dass echte Politik möglich ist und dass sie anders sein kann, als wir sie ganz überwiegend hier erleben.

SPIEGEL: Kann es sein, dass Sie Barack Obamas Charisma bald verfluchen? Er hat die Europäer aufgefordert, in Afghanistan auch die Drecksarbeit zu machen. Er wird deutsche Politiker bearbeiten, sich weltweit stärker militärisch zu engagieren.

Röttgen: Ich habe nicht gesagt, dass ich jede Meinung Obamas teile. Er würde vermutlich noch vehementer deutsches Engagement fordern, als das bei John McCain der Fall wäre. Obama ist bislang mit deutscher und europäischer Befindlichkeit viel weniger vertraut. Im Übrigen müssen wir uns in jedem Fall darauf einstellen, dass es eine härtere Diskussion über die Beiträge Europas, Deutschlands und der USA zur internationalen Sicherheit geben wird als zurzeit.

INTERVIEW: DIRK KURBUJWEIT, RALF NEUKIRCH